

An die VertreterInnen der Presse

19.02.09

DGB fordert: Konsequent gegen rechte Gewalt durchgreifen - NPD-Verbot jetzt!

SÜDHESSEN. Die DGB-Region Südhessen und die vier südhessischen DGB-Kreisverbände Bergstraße, Darmstadt-Dieburg, Groß-Gerau und Odenwaldkreis fordern ein sofortiges Verbot der NPD. „Der brutale Neonazi-Überfall auf Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter aus Nordhessen zeigt erneut, dass ein Verbot aller neofaschistischen Parteien und Organisationen längst überfällig ist. Es ist nicht erst seit gestern bekannt, dass der braune Mob es gezielt darauf anlegt, zu provozieren und Gewalt gegen Andersdenkende anzuwenden“.

Der DGB betont, dass die Militanz der extremen Rechten deutlich gewachsen ist. „Das belegt auch der sprunghafte Anstieg rechter Straf- und Gewalttaten: Hakenkreuzschmierereien, Verwüstung jüdischer Friedhöfe, Landfriedensbruch, Überfälle, schwere Körperverletzung, Mord und Totschlag“. Nach Feststellung des Bundesinnenministeriums hat die Zahl rechtsextremer Straftaten 2008 einen neuen Höchststand erreicht. 2008 wurden 13.985 rechtsextreme Straftaten registriert und damit 28 Prozent mehr mehr als im Vorjahr. Auch die die Zahl rechtsextremer Gewalttaten stieg von 642 auf 735. Verletzt wurden dabei 773 Menschen. „Das heißt, dass im letzten Jahr statistisch gesehen jeden Tag irgendwo in Deutschland zwei Menschen von Neonazis überfallen und zusammengeschlagen wurden“. Der DGB erinnert zudem daran, dass in Deutschland allein seit 1990 mehr als 140 Menschen von Neonazis ermordet wurden.

Der DGB fordert von der hessischen Landesregierung und der Bundesregierung, endlich klare Konsequenzen zu ziehen und als ersten Schritt unverzüglich ein Verbotverfahren gegen die neofaschistische NPD einzuleiten: „Ein Verbot der NPD ist ein wichtiger und unverzichtbarer Baustein im Kampf gegen rechts. Noch wichtiger ist jedoch die gesellschaftliche und politische Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Ein Verbot der NPD ist jedoch zwingend geboten“. Die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter halten es für nicht hinnehmbar, dass die NPD Gelder aus der Staatskasse erhält und damit letztlich die Bürgerinnen und Bürger mit ihren Steuergeldern die braune Propaganda mitfinanzieren: „Solange die NPD nicht verboten ist, nutzt sie erklärtermaßen alle Vorteile rücksichtslos aus, die ihr durch einen legalen Status geboten werden. Das alles kann mit einem Verbot der NPD unterbunden werden“, stellt der

DGB fest. „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen“.

Besorgt zeigt sich der DGB darüber, dass von den Verdächtigen des Nazi-Überfalls am Sonntag etliche Personen aus der Bergstraße und aus Gemeinden im Darmstädter Umland stammen. „Rechte Gewalt muss konsequent verfolgt werden. Die braunen Schläger müssen schnellstmöglich vor Gericht gestellt und in den Knast geschickt werden. Für braune Verbrecher, Holocaustleugner und Geschichtsfälscher ist in Südhessen kein Platz. Alten und neuen Nazis muss ihr verbrecherisches Handwerk endlich gelegt werden“.

Jürgen Planert
Regionsvorsitzender

Horst Raupp
Regionssekretär